

Antrag 75/I/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Saisonarbeiter*innen schützen!**

1 Niedrige Löhne, überbezahlte Unterkünfte und prekäre Arbeitsbedingungen prägen für viele Saisonarbeiter*innen in Deutschland den Arbeitsalltag. Oft erhalten sie eine Bezahlung, die kaum zum Leben reicht, in vielen Fällen wird der Mindestlohn systematisch umgangen. Gleichzeitig sind sie gezwungen, in überbezahlten und oft unzumutbaren Unterkünften zu wohnen, die ihnen von ihren Arbeitgeber*innen vermittelt werden. Ihre Arbeitsverhältnisse sind geprägt von Unsicherheit, langen Arbeitszeiten und mangelndem Schutz vor Ausbeutung. Da ihr Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag gekoppelt ist, befinden sie sich in einer besonders abhängigen Position, in der sie sich kaum gegen schlechte Bedingungen wehren können. Diese strukturellen Missstände müssen angegangen werden.

17 Der Aufenthaltsstatus von Saisonarbeiter*innen darf nicht mehr an das Arbeitsverhältnis gebunden sein, denn die Kopplung des Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag macht Saisonarbeiter*innen zu einer besonders vulnerablen Gruppe. Arbeitgeber*innen können sie damit erpressen und, auch an Gesetzen wie dem Mindestlohn vorbei, zu menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen. Daher fordern wir die Entkopplung des Aufenthaltstitel von Arbeitsverträgen. In Vergangenheit kam es immer wieder zu Berichten, dass Arbeitgeber*innen die Pässe von Arbeiter*innen eingezogen haben, so dass diese keinen Zugang zu ihren Dokumenten hatten. Dieses Vorgehen gehört verboten und sollte rechtlich bestraft werden.

32 Die Unterbringung von Saisonarbeitenden ist vielerorts katastrophal, Mindeststandards für Hygiene oder Privatsphäre werden oft missachtet. Trotz der schlechten Bedingungen werden oft regelrechte Abzockmieten verlangt, mitunter bis zu 40 Euro pro Quadratmeter. Das ist deutlich mehr als in den teuersten Stadtteilen deutscher Großstädte. Dieses Vorgehen dient der Umgehung des Mindestlohns. So kann auf dem Papier der Mindestlohn gezahlt werden, während jedoch ein großer Teil des Gehalts durch die Unterbringungskosten wieder entzogen wird. Daher fordern wir eine grundsätzliche kostenlose Bereitstellung von Unterkünften für die Saisonarbeiter*innen, wobei die Mindeststandards für Hygiene und Privatsphäre zwingend eingehalten und vom Zoll wirksam kontrolliert sowie bei Verstößen geahndet werden sollen. Mieten müssen gedeckelt werden. Die Unterkünfte müssen den

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Niedrige Löhne, überbezahlte Unterkünfte und prekäre Arbeitsbedingungen prägen für viele Saisonarbeiter*innen in Deutschland den Arbeitsalltag. Oft erhalten sie eine Bezahlung, die kaum zum Leben reicht, in vielen Fällen wird der Mindestlohn systematisch umgangen. Gleichzeitig sind sie gezwungen, in überbezahlten und oft unzumutbaren Unterkünften zu wohnen, die ihnen von ihren Arbeitgeber*innen vermittelt werden. Ihre Arbeitsverhältnisse sind geprägt von Unsicherheit, langen Arbeitszeiten und mangelndem Schutz vor Ausbeutung. Da ihr Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag gekoppelt ist, befinden sie sich in einer besonders abhängigen Position, in der sie sich kaum gegen schlechte Bedingungen wehren können. Diese strukturellen Missstände müssen angegangen werden.

Der Aufenthaltsstatus von Saisonarbeiter*innen darf nicht mehr an das Arbeitsverhältnis gebunden sein, denn die Kopplung des Aufenthaltsstatus an den Arbeitsvertrag macht Saisonarbeiter*innen zu einer besonders vulnerablen Gruppe. Arbeitgeber*innen können sie damit erpressen und, auch an Gesetzen wie dem Mindestlohn vorbei, zu menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen. Daher fordern wir die Entkopplung des Aufenthaltstitel von Arbeitsverträgen. In Vergangenheit kam es immer wieder zu Berichten, dass Arbeitgeber*innen die Pässe von Arbeiter*innen eingezogen haben, so dass diese keinen Zugang zu ihren Dokumenten hatten. Dieses Vorgehen gehört verboten und sollte rechtlich bestraft werden.

Die Unterbringung von Saisonarbeitenden ist vielerorts katastrophal, Mindeststandards für Hygiene oder Privatsphäre werden oft missachtet. Trotz der schlechten Bedingungen werden oft regelrechte Abzockmieten verlangt, mitunter bis zu 40 Euro pro Quadratmeter. Das ist deutlich mehr als in den teuersten Stadtteilen deutscher Großstädte. Dieses Vorgehen dient der Umgehung des Mindestlohns. So kann auf dem Papier der Mindestlohn gezahlt werden, während jedoch ein großer Teil des Gehalts durch die Unterbringungskosten wieder entzogen wird. Daher fordern wir eine grundsätzliche kostenlose Bereitstellung von Unterkünften für die Saisonarbeiter*innen, wobei die Mindeststandards für Hygiene und Privatsphäre zwingend eingehalten und vom Zoll wirksam kontrolliert sowie bei Verstößen geahndet werden sollen. **Soweit Saisonarbeiter*innen in bereitgestellten oder vermittel-**

48 grundlegenden Standards für Hygiene, Sicherheit und Pri-
49 vatsphäre entsprechen.

50

51 Nicht selten müssen Saisonarbeiter*innen an staatlich
52 festgelegten Standards vorbei arbeiten. Sie werden da-
53 bei nicht angemeldet beschäftigt, sodass sie an Mindest-
54 lohn und Sozialversicherung vorbei arbeiten müssen. Die-
55 se ausbeuterischen Verhältnisse müssen durch Kontrollen
56 aufgedeckt und bekämpft werden. Daher fordern wir, dass
57 die Kontrollen durch Zoll und andere relevante Behörden
58 besser ausfinanziert werden.

59

60 Saisonarbeit ist ein kapitalistisches System: Saisonar-
61 beiter*innen werden unzumutbaren Arbeitsbedingungen
62 ausgesetzt, während Supermärkte von ihrer Arbeit profi-
63 tieren. Viele Supermärkte arbeiten mit Unternehmen zu-
64 sammen, die faire Standards nicht einhalten. Zudem ver-
65 ursachen Supermarkt-Konzerne selbst einen hohen Preis-
66 druck, da sie die Erzeugnisse nur zu Dumping-Preisen
67 abnehmen. Fehlende Transparenz über die Herkunft der
68 Produkte und die Bedingungen, unter denen sie produ-
69 ziert werden, begünstigt Ausbeutung. Daher fordern wir,
70 dass Abnahmepreise gesetzlich festgelegt werden, die fai-
71 re Löhne bei den Erzeugern ermöglichen. Wie bereits be-
72 schlossen, fordern wir weiterhin, dass Supermärkte mit-
73 telfristig vergesellschaftet werden, um so faire Löhne und
74 gute Arbeitsbedingungen gewährleisten zu können. Bis
75 dahin müssen Supermärkte zur Transparenz über Arbeits-
76 bedingungen und Einhaltung festgelegter fairer Stan-
77 dards verpflichtet werden und Kooperationen mit ausbeu-
78 terischen Unternehmen ausgeschlossen werden. Hierbei
79 sollen die Möglichkeiten des aktuellen deutschen Liefer-
80 kettengesetzes genutzt werden, so dass auch Supermärkte
81 für ihre Lieferketten und Zulieferer in die Pflicht genom-
82 men werden.

83

84 Saisonarbeiter*innen sehen sich Verstößen gegen ihre
85 Rechte oft allein und mit wenig Rechtsbeistand ausge-
86 setzt. Das macht eine Bekämpfung der systematischen
87 Probleme schwer. Daher fordern wir die Einführung ei-
88 nes Verbandsklagerechts für systematische Fälle. Dies er-
89 möglicht es Gewerkschaften und anderen Interessenver-
90 tretungen, kollektiv gegen Missstände vorzugehen und
91 die Rechte von Saisonarbeiter*innen durchzusetzen. Zu-
92 sätzlich müssen Beratungsstellen und Unterstützungsan-
93 gebote für Saisonarbeiter*innen längerfristig in Bundes-
94 und Landeshaushalten gesichert und ausgebaut werden.
95 Diese bieten durch ihre Beratung auf Muttersprache ein
96 niedrigschwelliges Angebot zur Aufklärung von arbeits-
97 rechtlichen Fragen. Den Stellen muss Zugang zu Arbeits-
98 plätzen von Saisonarbeiter*innen gewährt werden, so
99 dass diese direkt am Arbeitsplatz erreicht werden kön-
100 nen. Zudem sollten Gewerkschaften prüfen, ob temporä-

**ten Unterkünften der Arbeitsgeber leben, sind diese kos-
tenfrei bereit zu stellen.** Mieten müssen gedeckelt wer-
den. Die Unterkünfte müssen den grundlegenden Stan-
dards für Hygiene, Sicherheit und Privatsphäre entspre-
chen.

Nicht selten müssen Saisonarbeiter*innen an staatlich
festgelegten Standards vorbei arbeiten. Sie werden da-
bei nicht angemeldet beschäftigt, sodass sie an Mindest-
lohn und Sozialversicherung vorbei arbeiten müssen. Die-
se ausbeuterischen Verhältnisse müssen durch Kontrollen
aufgedeckt und bekämpft werden. Daher fordern wir, dass
die Kontrollen durch Zoll und andere relevante Behörden
besser ausfinanziert werden.

Saisonarbeit ist ein kapitalistisches System: Saisonar-
beiter*innen werden unzumutbaren Arbeitsbedingungen
ausgesetzt, während Supermärkte von ihrer Arbeit profi-
tieren. Viele Supermärkte arbeiten mit Unternehmen zu-
sammen, die faire Standards nicht einhalten. Zudem ver-
ursachen Supermarkt-Konzerne selbst einen hohen Preis-
druck, da sie die Erzeugnisse nur zu Dumping-Preisen
abnehmen. Fehlende Transparenz über die Herkunft der
Produkte und die Bedingungen, unter denen sie produ-
ziert werden, begünstigt Ausbeutung. Daher fordern wir,
dass Abnahmepreise gesetzlich festgelegt werden, die fai-
re Löhne bei den Erzeugern ermöglichen. Wie bereits be-
schlossen, fordern wir weiterhin, dass Supermärkte mit-
telfristig vergesellschaftet werden, um so faire Löhne und
gute Arbeitsbedingungen gewährleisten zu können. Bis
dahin müssen Supermärkte zur Transparenz über Arbeits-
bedingungen und Einhaltung festgelegter fairer Stan-
dards verpflichtet werden und Kooperationen mit ausbeu-
terischen Unternehmen ausgeschlossen werden. Hierbei
sollen die Möglichkeiten des aktuellen deutschen Liefer-
kettengesetzes genutzt werden, so dass auch Supermärkte
für ihre Lieferketten und Zulieferer in die Pflicht genom-
men werden.

Saisonarbeiter*innen sehen sich Verstößen gegen ihre
Rechte oft allein und mit wenig Rechtsbeistand ausge-
setzt. Das macht eine Bekämpfung der systematischen
Probleme schwer. Daher fordern wir die Einführung ei-
nes Verbandsklagerechts für systematische Fälle. **Das Ver-
bandsklagerecht solle nicht für Einzelfälle gelten, in de-
nen die Betroffenen selbst klagen können, sondern in
eng begrenzten Fällen, in denen bestimmte Arbeitsge-
ber systematisch die Rechte der Betroffenen verletzen,**
Dies ermöglicht es Gewerkschaften und anderen Inter-
essenvertretungen, kollektiv gegen Missstände vorzuge-
hen und die Rechte von Saisonarbeiter*innen durchzuset-
zen. Zusätzlich müssen Beratungsstellen und Unterstüt-
zungsangebote für Saisonarbeiter*innen längerfristig in

101 re Mitgliedschaften mit Vorbild der IG BAU rechtliche Be-
102 ratung für Saisonarbeiter*innen sein kann. Gewerkschaf-
103 ten könnten mit Beratungsstellen eng zusammenarbei-
104 ten und Kräfte bündeln, um die Situation von Saisonarbei-
105 ter*innen zu verbessern. Vorbild kann der Streik der LKW-
106 Fahrenden in Gräfenhausen sein.

107

108 Die Anwerbung von Saisonarbeiter*innen läuft meist pri-
109 vat ab. Diese Praxis führt zu Ausbeutung und falschen Ver-
110 sprechen. Daher fordern wir offizielle Ausschreibungen
111 statt privater Anwerbung. Die Rekrutierung von Saisonar-
112 beiter*innen soll ausschließlich über offizielle Ausschrei-
113 bungen erfolgen, die von zuständigen Behörden und Ge-
114 werkschaften begleitet werden. Private Anwerbeagentu-
115 ren, die unregulierte Arbeitsverhältnisse schaffen, müs-
116 sen unterbunden werden. Langfristig streben wir ein Ver-
117 bot von Saisonarbeit in ihrer derzeitigen Form an, solan-
118 ge sie strukturell ausbeuterisch ist und grundlegenden
119 menschenrechtlichen sowie moralischen Standards wi-
120 derspricht.

121

122

123

124

125

126

127

128

Bundes- und Landeshaushalten gesichert und ausgebaut werden. Diese bieten durch ihre Beratung auf Muttersprache ein niedrigschwelliges Angebot zur Aufklärung von arbeitsrechtlichen Fragen. Den Stellen muss Zugang zu Arbeitsplätzen von Saisonarbeiter*innen gewährt werden, so dass diese direkt am Arbeitsplatz erreicht werden können. Zudem sollten Gewerkschaften prüfen, ob temporäre Mitgliedschaften mit Vorbild der IG BAU rechtliche Beratung für Saisonarbeiter*innen sein kann. Gewerkschaften könnten mit Beratungsstellen eng zusammenarbeiten und Kräfte bündeln, um die Situation von Saisonarbeiter*innen zu verbessern. Vorbild kann der Streik der LKW-Fahrenden in Gräfenhausen sein.

Die Anwerbung von Saisonarbeiter*innen läuft meist privat ab. Diese Praxis führt zu Ausbeutung und falschen Versprechen. Daher fordern wir offizielle Ausschreibungen statt privater Anwerbung. Die Rekrutierung von Saisonarbeiter*innen soll ausschließlich über offizielle Ausschreibungen erfolgen, die von zuständigen Behörden und Gewerkschaften begleitet werden. Private Anwerbeagenturen, die unregulierte Arbeitsverhältnisse schaffen, müssen unterbunden werden. Langfristig streben wir ein Verbot von Saisonarbeit in ihrer derzeitigen Form an, solange sie strukturell ausbeuterisch ist und grundlegenden menschenrechtlichen sowie moralischen Standards widerspricht.